

fristige Programm friedlicher Zusammenarbeit und konstruktiver Beziehungen zum Wohle der Völker unter ihre Stiefel stampfen möchten, zeigte sich beispielsweise 1978, als sie noch während der UNO-Sondertagung über Abrüstung ihr auf 15 Jahre angelegtes Langzeitrüstungsprogramm beschlossen, das bekanntlich einen forcierten Ausbau der NATO-Streitkräfte und die jährlich dreiprozentige Erhöhung der Militärausgaben vorsieht.

Direkt gegen die friedliche Zusammenarbeit gerichtet war ebenso der ein Jahr später in Brüssel - ungeachtet der Proteste europäischer Völker und selbst eigener Bündnispartner - von den USA und der BRD durchgepeitschte NATO-Raketenbeschluß, der mit der Produktion und Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen eine neue Runde des Wettrüstens einleitete und neue "Gefahren für den Frieden heraufbeschwor."

Unter massivem Druck der USA-Administration wurde der Versuch gestartet, die Olympischen Spiele zu boykottieren und Handelsverträge mit der Sowjetunion zu torpedieren. Der NATO-Ausschuß zur Überwachung und Beschränkung des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern wurde mit neuen diskriminierenden Richtlinien versehen. Das ist nichts anderes als Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen; die Schlußakte von Helsinki allerdings fordert zu deren Verzicht auf.

In den USA erfolgt die Registrierung von Rekruten und der Aufbau von Eingreifverbänden, die im globalen Maßstab wirksam werden sollen. Neue militärische Konzeptionen sehen in zunehmendem Maße die Führung regionaler Kriege unter Einsatz von Kernwaffen vor,

und die USA schaffen die materiellen Voraussetzungen dafür durch die Entwicklung neuer Typen nuklearer Waffensysteme. Sprunghaft steigen die Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung, werden neueste Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik in immer teuflischere Waffensysteme übergeführt. Auch das läßt sich wohl schwer mit dem in Helsinki dokumentierten Prinzip vereinbaren, entstehende Streitfragen mit friedlichen Mitteln beizulegen.

Ebenso ist das Bekenntnis zum friedlichen Miteinander unvereinbar mit Völkerhetze und psychologischer Kriegführung. Auf der imperialistischen Tagesordnung aber steht ein auf Hochtouren laufender Propagandafeldzug übelsten Antikommunismus und Antisowjetismus. Zu seiner straffen Lenkung erfolgte seit April 1978 eine Zentralisierung der USA-Auslandspropaganda durch die Bildung der International Communication Agency - IC A, die der unmittelbaren Verant-

wortung des US-Präsidenten, des Außenministers und des Nationalen Sicherheitsrates untersteht. In diesem Propagandaapparat sind 5000 Personen direkt beschäftigt. 432,8 Millionen Dollar werden 1980 für die von diesem Apparat betriebene Hetze und Desinformation bereitgestellt. Ein vom „Sicherheitsberater“ des US-Präsidenten, Brzezinski, konzipiertes „Dreiphasenprogramm“ sieht seine Nutzung

- zur Unterstützung antikommunistischer Regimes,
- zur Entfesselung weltweiter Kampagnen gegen die Sowjetunion, Kuba und andere sozialistische Staaten und schließlich
- zur Rechtfertigung militärischer Hilfe für „bedrohte“ reaktionäre Regimes vor.⁴

Wie diese wenigen Beispiele zeigen, ist die grobe Mißachtung der in Helsinki anerkannten Prinzipien der friedlichen Zusammenarbeit der Völker keineswegs nur für einzelne Entscheidungen, sondern für die gesamte Politik des Imperialismus kennzeichnend.

Langfristige Konzeption der

Der von den USA und den aggressivsten Kreisen anderer imperialistischer Staaten verfolgte Kurs der Konfrontation stellt nicht eine Reaktion auf politische oder militärische Maßnahmen der sozialistischen Staaten dar, sondern ist Ausdruck einer langfristigen Konzeption und des maßgeblichen politischen Einflusses jener Kräfte, die sich mit dem ganz offensichtlichen Tatbestand der strategischen Parität der Sowjetunion und den positiven Ergebnissen des Entspannungsprozesses nicht abfinden wollen.

Für die Durchsetzung ihrer Macht- und Profitinteressen sind sie zunehmend bereit, ihr militärisches Potential einzusetzen. Deshalb sind sie an der Aufrechterhaltung von Krisen-

Entspannungsgegner

herden und Spannungen interessen. Vom Schüren internationaler Spannungen und dem Anheizen des Wettrüstens versprechen sie sich Belastungen für die Wirtschaft der sozialistischen Staaten, die deren wirtschafts- und sozialpolitische Programme in Frage stellen und die Ausstrahlungskraft des Sozialismus herabsetzen sollen. Schließlich geht es diesen imperialistischen Kräften auch darum, durch Stützpunktsysteme, Militärabkommen, militärische Drohung und Erpressung ihre neokolonialistische Politik abzusichern und sich in Entwicklungsländern Rohstoff- und Absatzmärkte zu reservieren.

Das ist eine politische Konzeption, die mit Geist und Buchstaben der Schlußakte von